

28.02.2018



# Baden-Württemberg

DER DEMOGRAFIEBEAUFTRAGTE DES LANDES

## Wege zu einer Demografiestrategie

---

### Herausforderungen des demografischen Wandels in Baden-Württemberg

Demografiebeauftragter des Landes Baden-Württemberg

Thaddäus Kunzmann

Königstraße 44

70173 Stuttgart

E-Mail: [kunzmann@demografiebeauftragter.bwl.de](mailto:kunzmann@demografiebeauftragter.bwl.de)

## **Vorbemerkung**

Die Alterung der Gesellschaft ist nicht aufzuhalten.

Demografische Berechnungen zeigen: Wollte man die Alterung der deutschen Bevölkerung tatsächlich stoppen, müssten von nun an jährlich 3,4 Millionen Menschen hinzukommen, entweder durch Geburten oder durch Zuwanderung. Die Bevölkerungszahl Deutschlands müsste bis zum Jahr 2050 auf 300 Millionen anwachsen - ein völlig irreales Szenario. Nüchtern betrachtet lässt sich daraus nur ein Schluss ziehen:

Die Gesellschaft ist gut damit beraten, sich auf die veränderte Altersstruktur einzustellen.

Demografen nehmen die verschiedenen Konsequenzen dieser Entwicklung in den Blick. Ein Auszug der Erkenntnisse ist in diesem Papier zusammengefasst.

## **Kurzfassung**

Demografie ist eine Querschnittsaufgabe. Allgemein ist eine Versäulung festzustellen, wo vernetztes Vorgehen angebracht wäre.

Es ist nicht ausreichend, die Herausforderungen des demografischen Wandel hin zu einer älter werdenden Gesellschaft auf aktuelle Entwicklungen (Stichwort Fachkräftemangel) zu reduzieren oder zeitlich auf das Jahr 2030 zu begrenzen.

Es wird zwei „kritische Jahrzehnte“ geben: Das Jahrzehnt zwischen 2025 und 2035 durch das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Berufsleben und ab 2040, wenn sie hochaltrig werden.

Dies erfordert eine breit angelegte und weit über eine Dekade herausgehende Handlungsstrategie.

Das dafür noch offene Zeitfenster beträgt rund 15 Jahre.

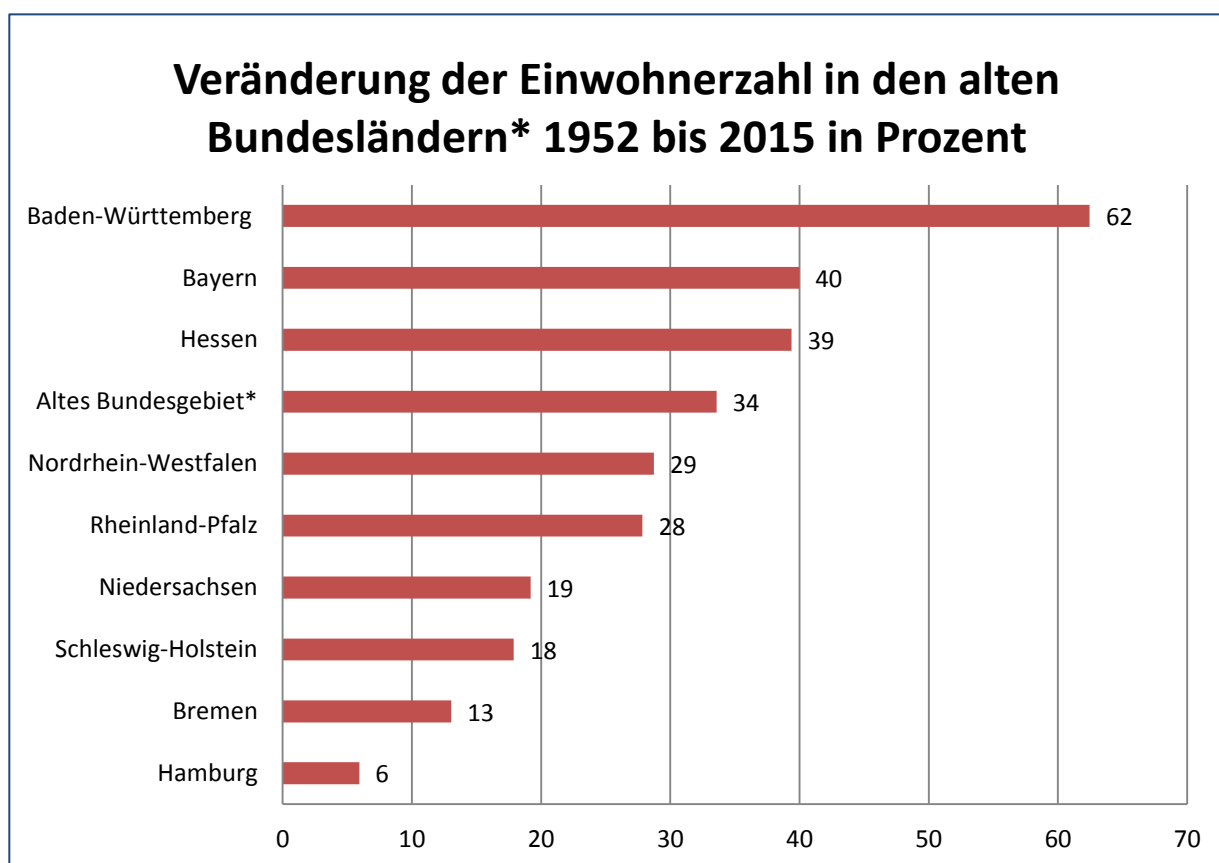
## Inhaltsverzeichnis

I. Ausgangslage .....	4
II. Erkenntnisse .....	9
III. Möglicher strategischer Weg.....	9
IV. Fragen zu den einzelnen Handlungsfeldern .....	12
IV. 1.) Generationenübergreifendes Wohnen und Bauen.....	12
IV. 2.) Bildung von nachbarschaftlichen Bindungen .....	13
IV. 3.) Sicherung der Nahversorgung und Stärkung der Ortsmitten.....	14
IV. 4.) Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf .....	15
IV. 5.) Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – Schwerpunkt: Nahverkehr.....	17
IV. 6.) Breitbandausbau zur Potentialnutzung der Digitalisierung.....	18
IV. 7.) Präventionsangebote & Sicherung medizinisch pflegerischer Versorgung.....	19
IV. 8.) Sicherheit und Schutz vor Kriminalität .....	22
V. Warum ein Gesamtkonzept? .....	22

## I. Ausgangslage

Baden-Württemberg ist das Bundesland, das seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit Abstand am meisten Zuzug erlebte. Dies ist begründet durch unseren wirtschaftlichen Erfolg. Der Zuzug ist wiederum auch die Basis für den Erfolg.

Der Zuzug wird – unabhängig von Flüchtlingsbewegungen – alleine schon aufgrund des Bedarfs der Wirtschaft nach Fachkräften in den kommenden zwei Jahrzehnten anhalten. Der Siedlungsdruck wird also besonders in den Ballungszentren auf Dauer spürbar sein. Die Kommunen müssen sich frühzeitig darauf einstellen.



\*ohne Berlin und ohne Saarland

Datenquellen: 1952: Statistisches Jahrbuch 1954, S. 30, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt; 2015: Statistikportals der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

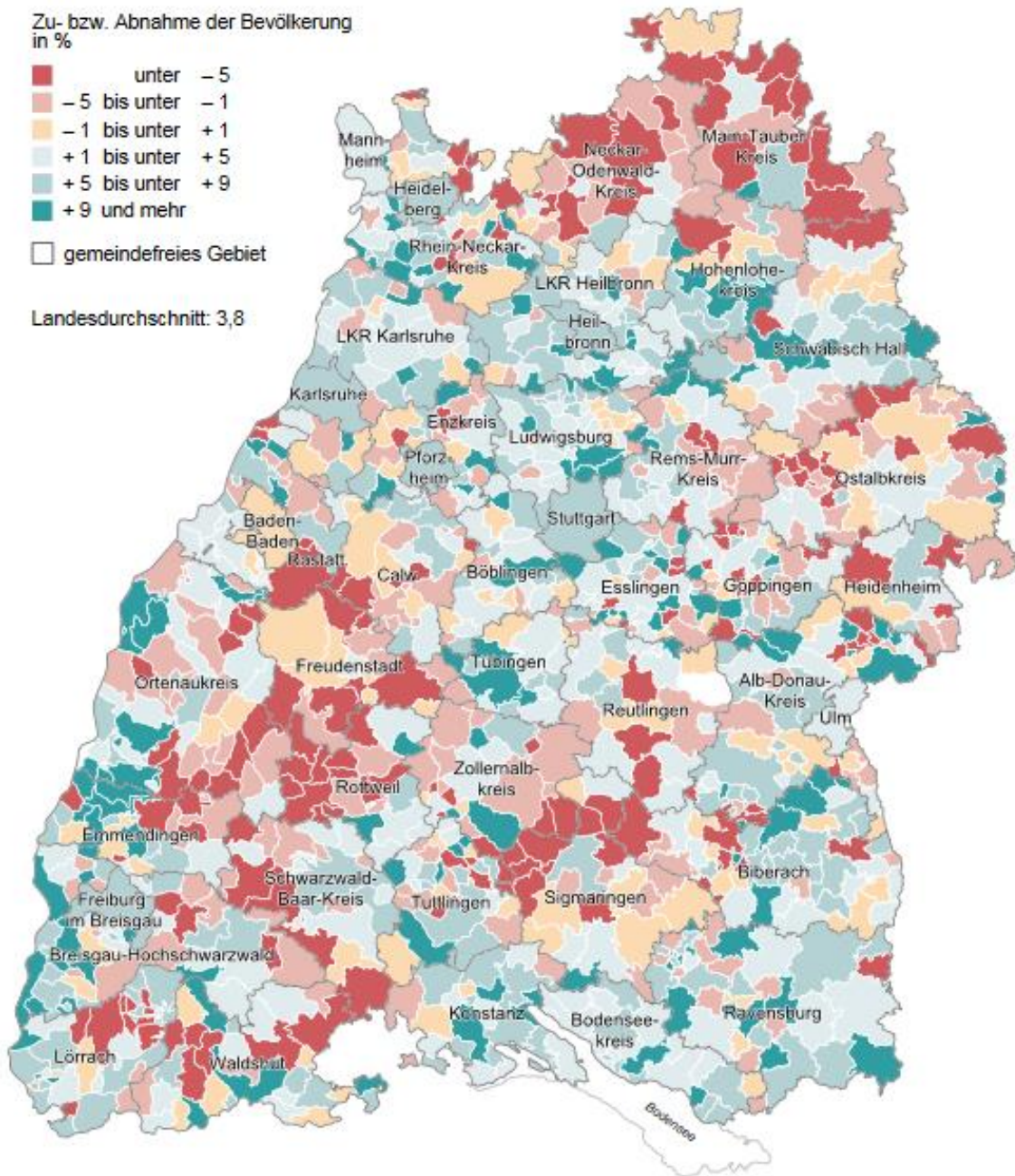
## Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Baden-Württembergs von 2014 bis 2035

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung  
in %

- unter - 5
- - 5 bis unter - 1
- - 1 bis unter + 1
- + 1 bis unter + 5
- + 5 bis unter + 9
- + 9 und mehr

□ gemeindefreies Gebiet

Landesdurchschnitt: 3,8



Datenquelle: Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung Basis 2014, Hauptvariante.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2016  
Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.  
Kommerzielle Nutzung bzw. Verbreitung über elektronische  
Systeme bedarf vorheriger Zustimmung.



© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph 2015

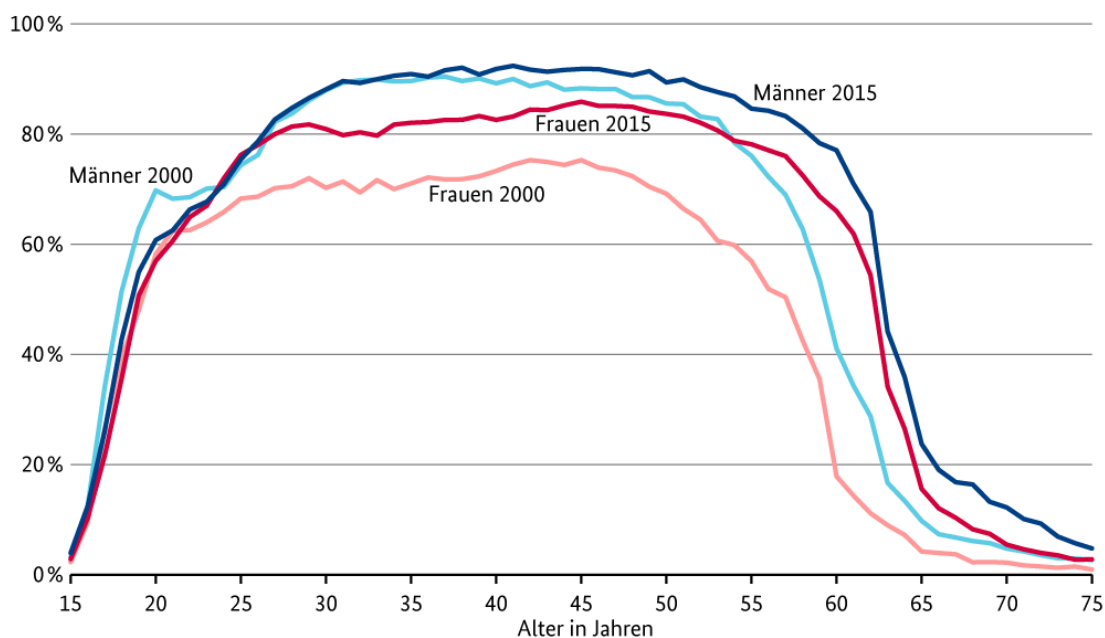
Der Bevölkerungszuwachs vollzieht sich jedoch nicht mehr geschlossen in ganz Baden-Württemberg. Es gibt Schwerpunkte entlang der Entwicklungsachsen.

Generell kann gesagt werden, dass der ländliche Raum abseits der Entwicklungsachsen an Einwohnerschaft verlieren wird. Dort stellt sich bereits heute die Versorgungsfrage. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die Städte und Ballungsräume überdurchschnittlich Zuwachs erfahren (s. Grafik S. 5). Dies wird – bleibt dieser Trend ungebrochen – Auswirkungen auf unsere dezentrale Wirtschaftsstruktur haben:

68 Prozent der baden-württembergischen Wirtschaftskraft wird im ländlichen Raum generiert.

Was sich signifikant ändert, ist die Zusammensetzung der Bevölkerung. Wir werden älter. Ab 2025 scheiden die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Berufsleben aus. Schon heute stoßen Unternehmen auf Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fachkräften, die mindestens über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.

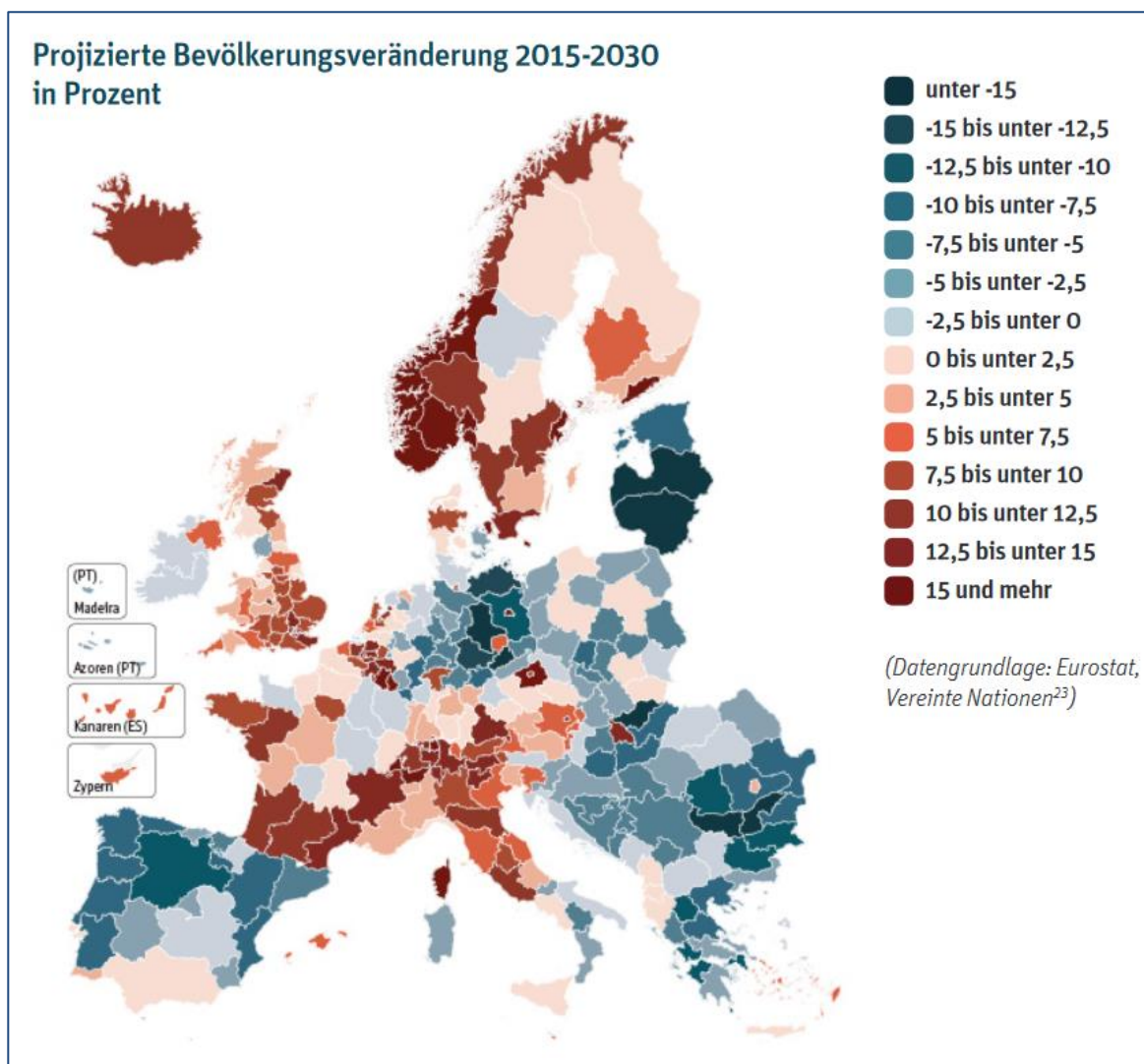
**Erwerbstätigenquote nach Alter und Geschlecht, 2000 und 2015**



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB

© BiB 2017 / demografie-portal.de

Durch eine verstärkte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt, der besseren Mobilisierung der Altersgruppe zwischen 55 und 67 Jahren, einer deutlich verbesserten Erwerbstätigkeit bei zugewanderten Menschen sowie durch eine längere Lebensarbeitszeit kann eine gewisse Kompensation erfolgen.



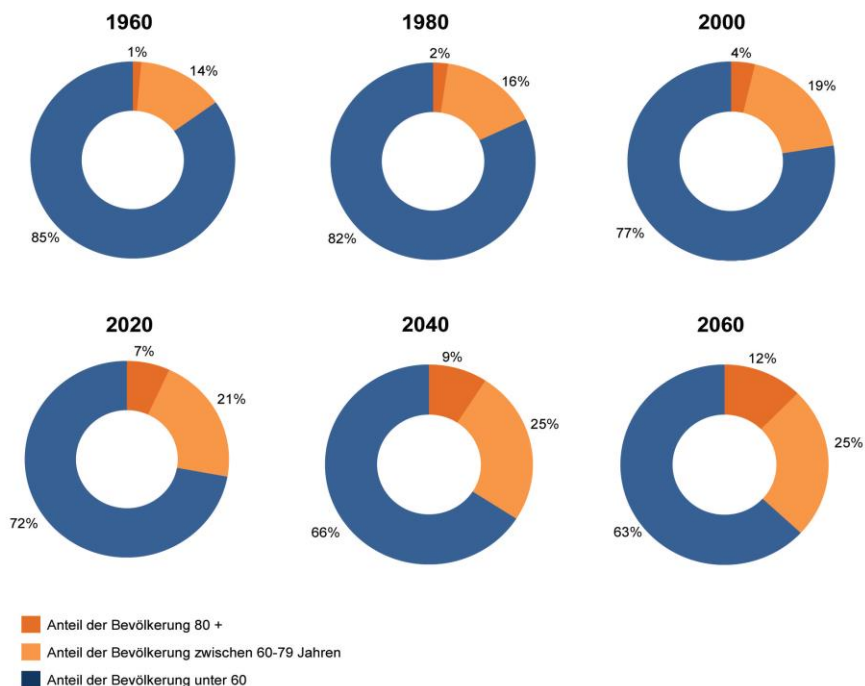
Darüber hinaus wird Baden-Württemberg über die nächsten Jahrzehnte ein Zuzugsland bleiben. Allerdings wird die EU nur noch begrenzt ein Fachkräftepotential bieten können. Die Länder in Osteuropa haben bereits heute unter einem erheblichen Bevölkerungsverlust zu leiden. Und wirtschaftlich starke Regionen sind – demografisch bedingt – ebenfalls auf Zuzug angewiesen.

Einerseits muss sich damit der Blick Baden-Württembergs über die EU hinaus richten. Gleichzeitig muss nach Möglichkeit eine Abwanderung von Fachkräften ins Ausland verhindert werden.

Die geburtenstarken Jahrgänge werden „rüstige Rentner“ sein. Viele von ihnen werden sich ehrenamtlich betätigen. Das bürgerschaftliche Engagement findet dann je-

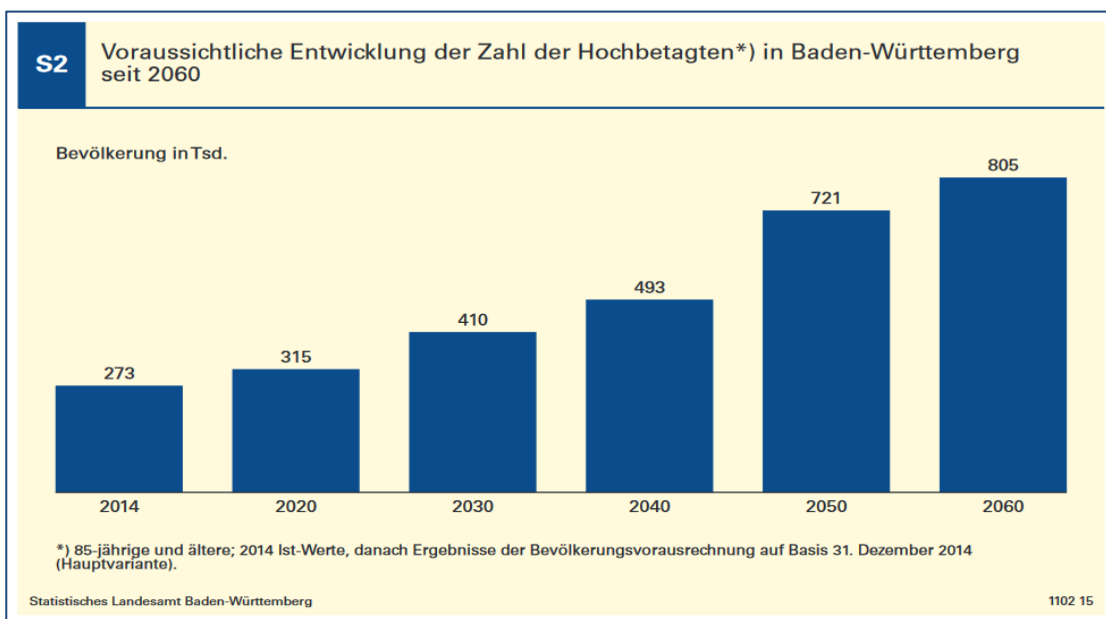
doch projektbezogen und zeitlich befristet in Initiativen, wie z. B. für einen Bürgerbus, einen Genossenschaftsladen oder in der Nachbarschaftshilfe statt.

**Anteil der Personen verschiedener Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg**



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Ab 2040, wenn die geburtenstarken Jahrgänge 80 Jahre und älter werden, wird die Herausforderung des demografischen Wandels besonders deutlich in der Zahl von Hochaltrigen, die in Baden-Württemberg leben werden.





Heute werden rund 70 Prozent der Menschen mit Pflegebedarf in der Familie betreut. Durch die Abnahme von Familienbindungen und der Mehrgenerationenhaushalte, dem zunehmenden Anteil von Alleinstehenden und Paaren ohne Kindern in der Bevölkerung, sowie dem Wegzug von Kindern aufgrund der Mobilitätserfordernisse der Arbeitswelt, müssen Versorgung, Betreuung und Pflege zunehmend auf eine andere Art sichergestellt werden.

## **II. Erkenntnisse**

- Baden-Württemberg muss sich bis 2035 besonders auf den Zuzug von Fachkräften aus dem In- und Ausland vorbereiten.
- Da der Bevölkerungszuwachs durch den Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne gesteuert ist, stellt sich dort, wo Gemeinden und kleinere Städte Einwohner verlieren, die Versorgungsfrage. Es ist zu befürchten, dass nach und nach die Nahversorgung, die ärztliche und pflegerische Versorgung, der Bankautomat, Busverbindungen, das Breitband und andere Angebote wegfallen.
- Ab 2040 wird die Zahl der Hochaltrigen (über 85 Jahre) sprunghaft ansteigen.
- Die Bindungen zur Familie, zur Nachbarschaft, zum Verein, zur Kirche und anderen Institutionen lösen sich. Damit fallen klassische Stabilisatoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts weg.

## **III. Möglicher strategischer Weg**

In den kleineren Kommunen ziehen die Jüngeren weg oder gar nicht mehr erst her. Die Ursachen sind vielfältig: Trend zur Urbanisierung, fehlende Breitbandangebote, fehlende Mobilitätsangebote und wegbrechende Nahversorgung.

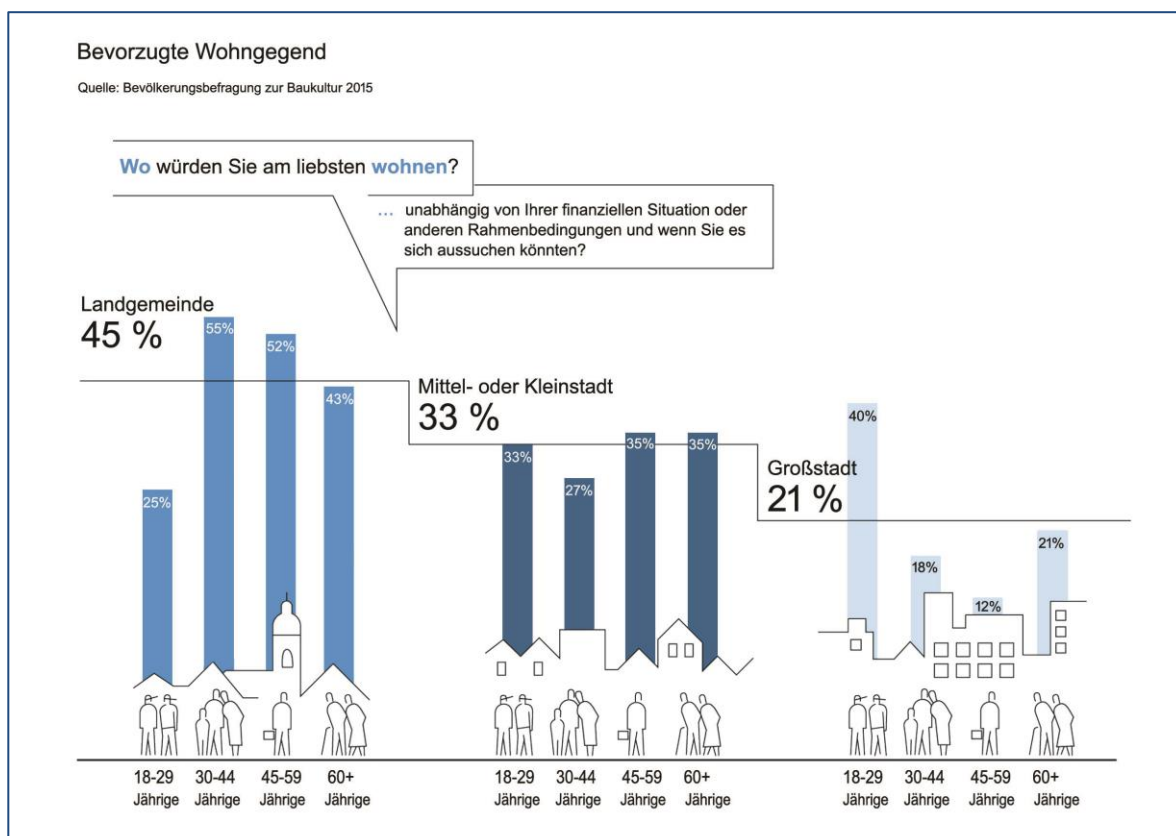
Dabei besitzen gerade diese kleineren Gemeinden eine ungeheure Attraktivität: Das Betreuungsangebot ist oft überdurchschnittlich, ein naturnahes Umfeld, weniger Lärm und mehr Sicherheit, ein oftmals noch stabiles nachbarschaftliches Umfeld und Vereinsangebote.

Das soziale Leben lässt sich nur sichern, wenn eine Gemeinde eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur besitzt. Ziehen (oder bleiben) die Jüngeren weg, erwägen irgendwann auch die Unternehmen den Wegzug aus den ländlichen Räumen, da sie ihren Fachkräftebedarf dort nicht mehr decken können. Dies führt zu noch mehr Abwanderung – ein Teufelskreis.

Zurück bleiben immer die Älteren, also diejenigen, die dort ein Haus oder eine Wohnung besitzen, sich den Umzug in die Stadt nicht leisten können oder für ihre Immobilie keinen Käufer finden.

Das Bevölkerungswachstum der nächsten zwei Jahrzehnte, das Baden-Württemberg aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungskraft verzeichnen darf, soll dafür genutzt werden, durch Zuzug in den ländlichen Raum gezielt die Gemeinden zu unterstützen, die von Einwohnerrückgang bedroht sind oder ihn bereits heute erleben. Der Zuzug von jungen Familien sichert einerseits den Fachkräftebedarf der örtlichen Unternehmen, andererseits aber auch die örtlichen Versorgungsstrukturen, die dann generationenübergreifend genutzt werden können.

Ein solcher Weg ist auch im Interesse der Familien, die in ihrer großen Mehrheit nicht in den großen Städten leben will:



Deshalb sind **drei strategische Ziele** zu verfolgen:

- A. Die Förderung von Familien.
- B. Die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften für die örtlichen Unternehmen.
- C. Die Sicherung der Versorgungsstrukturen in einer älter werdenden Gesellschaft.

#### **Fragestellungen dazu:**

1. Welche Faktoren beeinflussen jüngere Familien, kleinere Gemeinden zu verlassen – und umgekehrt: Was würden sie veranlassen, in den ländlichen Raum zu ziehen oder dort zu bleiben?
2. Welche Möglichkeiten sind im Landesentwicklungsplan, im Generalverkehrsplan sowie in den Regionalplänen gegeben, den Trend zu Urbanisierung zumindest zu verlangsamen?
3. Welche Möglichkeiten sind den Kommunen gegeben, um für sich individuell angepasste Strategien gegen Wegzug bzw. für Zuzug umzusetzen?
4. Welche Möglichkeiten gibt es, Unternehmen dazu zu bringen, ihren Standort in kleineren Gemeinden zu belassen oder eine neue Standortmöglichkeit genau dort zu suchen?
5. Ist der im Koalitionsvertrag zur Bildung einer grün-schwarzen Landesregierung vorgesehene „Demografiebonus“ (s. Ausschnitt aus dem Koalitionsvertrag, Seite 95) ein wirksames Instrument zur Stärkung des ländlichen Raums bzw. kleinerer Kommunen?
6. In welcher Form kann dem Gebot der gleichwertigen Lebensverhältnisse nachgekommen werden?
7. Wie kann die interkommunale Zusammenarbeit durch Arbeitsteilung gestärkt werden?

#### **VORSORGE, BILDUNG, MODELLPROJEKTE – POTENZIAL FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM**

Die Gemeinden, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, sollen außerdem mit einer Regionalstrategie „Daseinsvorsorge“ bei ihren Planungen finanziell und strukturell unterstützt werden. Wir wollen einen Demografiebonus einführen, der Kommunen mit stark rückläufiger Bevölkerungszahl bis zu zehn Jahre lang höhere Schlüsselzuweisungen aus den kommunalen Finanzausgleichssystemen garantiert.

Zusätzlich wollen wir neben der Gewichtung von Steuerkraft und Einwohnerzahl einen Flächenfaktor in der Finanzausgleichsmasse A einführen, um die höhere Infrastrukturbelastung ländlicher Kommunen zu berücksichtigen.

## IV. Fragen zu den einzelnen Handlungsfeldern

### IV. 1.) Generationenübergreifendes Wohnen und Bauen

In einer Studie für die Wohnraum-Allianz beziffert die Prognose den Bedarf an neu gebauten Wohnungen auf rund 54.000 Wohneinheiten jährlich, plus weiterer jährlich 11.000 Wohneinheiten zum Abbau der bereits bestehenden Angebotslücke.

Wenn auf das Konzept dem Vorrang der häuslichen vor der ambulanten Pflege gesetzt wird, dann bedeutet dies konkret, dass wir vermehrt Pflegefälle in Mietwohnungen haben werden. In der Perspektive bis 2040 wird deshalb der Bedarf an barrierefreien Wohneinheiten auf rund eine halbe Million geschätzt.

Realistisch betrachtet wird, insbesondere in den Städten, diese notwendige Zahl an Wohnungen nicht geschaffen werden können. Die Gründe dafür sind vielfältig: Fehlendes bzw. überteuertes Bauland sowie stark ausgelastete Bauhandwerksbetriebe (auch bedingt durch planungsrechtliche Einschränkungen bzw. gesetzlich vorgeschriebene Normen).

Dies bedeutet umgekehrt, dass der Wohnungsmarkt anhaltend hochpreisig und damit für viele Familien und Ältere nicht erschwinglich bleiben wird.

Somit müssen wir uns zwingend dem Bestand zuwenden. Die meisten Wohnungen in den Städten wurden in den 50er-, 60er-, 70er- und 80er-Jahren gebaut, als noch Geld in den Sozialwohnungsbau floss und die Baugenossenschaften ein steuerliches Privileg genossen.

#### **Fragestellungen dazu:**

1. Welche Potentiale gibt es, um den Wohnungsleerstand bzw. den potentiellen künftigen Wohnungsleerstand für den Wohnungsmarkt zu heben?
2. Welchen Anteil nimmt der barrierefreie Neubau von Wohnungseinheiten (WE) im Vergleich zum gesamten Neubau von WE ein?
3. Werden die richtigen Wohnungen für den Bedarf von Familien, aber auch für Ältere, gebaut? Welche Synergien gibt es dabei?
4. Welche Förderprogramme zum altersgerechten Umbau von Bestandsimmobilien gibt es und wie werden sie in Anspruch genommen? Welche Möglichkei-

ten gibt es, im Mietwohnungsbestand Barrierefreiheit und Barrierearmut umzusetzen?

5. Welche Chancen bietet in diesem Rahmen das im Koalitionsvertrag festgeschriebenen „Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit“ (s. Ausschnitt aus dem Koalitionsvertrag, Seite 85)?

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ein barrierefreies Gemeinwesen, selbstbestimmtes Wohnen und die Teilhabe am Arbeitsleben und das Recht auf lebenslanges Lernen sind uns wichtig. Der Barrierefreiheit kommt eine besondere Bedeutung zu, deswegen werden wir ein Landeskompetenzzentrum einrichten, welches Kommunen und freie Träger dabei unterstützen wird, Barrierefreiheit bei Einrichtungen und Gebäuden, Straßen, Plätzen und im Öffentlichen Verkehr zu realisieren.

6. Welche Möglichkeiten gibt es, neue alternative bzw. generationenübergreifende Wohnformen (darunter auch ambulant betreute WGs) zu fördern?

#### IV. 2.) Bildung von nachbarschaftlichen Bindungen

Neben sich lösenden Familienbindungen werden bei einem Umzug in eine neue, barrierefrei gebaute Wohnung auch die über Jahrzehnte gewachsenen Nachbarschaftsbeziehungen aufgegeben. Erfolgt der Umzug in eine andere Kommune, fallen zusätzlich die Bindung an die Kirchengemeinde, den Verein und das soziale Umfeld weg – in der Regel ersatzlos. Das ältere Ehepaar (oder der/die ältere Alleinstehende) läuft Gefahr, in seinem neuen Zuhause anonym zu werden.

Primär ist also dafür zu sorgen, dass ältere Menschen aus ihrer Siedlung oder ihrem Ort nicht wegziehen oder, wenn doch, in ihrem neuen Zuhause neue Bindungen aufbauen können. Die generationenübergreifende Nachbarschaft hilft allen, soziale Bindungen zu erhalten oder neu aufzubauen. Jüngere können den Älteren beim Einkauf helfen. Ältere wiederum den Kindern bei den Hausaufgaben.

Sofern die nachbarschaftlichen Bindungen, beispielsweise im Quartier, ehrenamtlich organisiert sind, ist darauf zu achten, dass dies nachhaltig erfolgt. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge hochaltrig sind, muss das Ehrenamt durch geburtenschwache Jahrgänge getragen werden, die zudem sehr viel stärker im Arbeitsleben integriert sind. Das Ehrenamt will zudem motiviert werden, benötigt Anreize, braucht Freiheiten, Anerkennung und darf nicht überfordert werden.

### **Fragestellungen dazu:**

1. Welche Möglichkeiten gibt es, das Ehrenamt von bürokratischen Auflagen zu entlasten?
2. Sind die Instrumente, Ehrenamtliche zu motivieren und ihnen Anreize und Anerkennung zuteilwerden zu lassen, ausreichend?
3. In welcher Form tragen Mehrgenerationenhäuser dazu bei, Bindungen in einem Ort bzw. in einer Siedlung zu stabilisieren bzw. neu aufzubauen? Ist es sinnvoll, das Netz der Mehrgenerationenhäuser auszubauen?
4. Welche Fördermöglichkeiten gibt es, um Einrichtungen, die – ähnlich der Mehrgenerationenhäuser – Bindungen stabilisieren bzw. neu aufbauen helfen, zu unterstützen?
5. In welcher Form kann das Ehrenamt nachhaltig getragen werden, wenn es sich vor allem auf geburtenschwache Jahrgänge stützen muss?
6. Welche Rolle können ambulant betreute Wohngemeinschaften spielen, um die pflegerische Versorgung im eigenen Ort zu sichern?

### **IV. 3.) Sicherung der Nahversorgung und Stärkung der Ortsmitten**

Ein funktionierendes Ortszentrum ist die Voraussetzung zur Sicherheit der Nahversorgung. Dazu gehören das Ladengeschäft zum Einkauf von Dingen des täglichen Bedarfs, die Bäckerei, der Bankautomat, das Gasthaus, das Rathaus, der Kindergarten, die Grundschule, das Bürgerhaus oder die Bushaltestelle.

Generell muss gelten, dass die Versorgung zu den Menschen kommen muss und nicht die Menschen der Versorgung hinterherziehen müssen.

Die alleinige Ausweisung von neuen Baugebieten garantiert gleichwohl noch kein vitales örtliches Leben. Insbesondere muss der Wohnungsleerstand vermieden werden. Im Ortszentrum ist Geschosswohnungsbau sinnvoll. Wenn dadurch ältere Menschen, denen ihr Haus zu groß geworden ist, innerhalb des Ortes umziehen, bleibt auch das soziale Umfeld stabil. Das bedeutet jedoch, dass es einen Käufer oder einen Mieter für das alte Haus geben muss, ebenso einen Bauträger zum Bau eines Geschosswohnungsbaus.

### **Fragestellungen dazu:**

1. Welche Förderprogramme bzw. Maßnahmen zum Erhalt bzw. Aufbau von Versorgungsstrukturen gibt es bereits heute und wie ist deren Wirkung (Nahversorgung, ärztliche Versorgung, Medikamentenversorgung, Bargeldversorgung)?
2. Was motiviert einen Bauträger, in einer kleineren Kommune Geschosswohnungsbau zu erstellen?
3. Welche Möglichkeiten haben Kommunen, bei Umzügen sowie bei Mietverträgen oder dem Verkauf eines Hauses zu beraten.

## **IV. 4.) Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf**

Der größte Pflegedienstleister in Deutschland ist und bleibt die Familie.

Früher wohnten alle Familienangehörige unter einem Dach, so dass sich die Pflege eines Angehörigen auf viele Schultern verteilte. Heute leben immer mehr Menschen alleine oder in kleineren Gemeinschaften. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren verstärken, so dass dann über die Hälfte der Wohnverhältnisse aus Ein-Personen-Haushalten bestehen wird. Die Belastung der Familienmitglieder hat somit stark zugenommen. Trotzdem werden auch heute über zwei Drittel aller Pflegebedürftigen von Angehörigen betreut, die so einen enormen gesellschaftlichen Beitrag leisten, der anders kaum zu stemmen wäre. Die Pflege eines Angehörigen stellt einen wichtigen Lebensinhalt dar, der aber zugleich eine zusätzliche Belastungssituation sein kann, mit der Familien und Einzelpersonen auf Dauer oft überfordert sind.

Die Herausforderung sowohl Familie, Beruf und Pflege bzw. Beruf und Pflege in Einklang zu bringen, in all diesen Bereichen auch Zufriedenstellendes zu leisten und dabei selbst gesund zu bleiben, sollte nicht nur Thema der pflegenden Familienangehörigen sein. Hierfür ist Unterstützung von Arbeitgebern, von Krankenkassen, der Politik und der Gesellschaft gefragt.

Durch das Pflegestärkungsgesetz sorgt die Politik für mehr Entlastung und eine bessere Absicherung für pflegende Angehörige. Diese können sich für einen begrenzten

Zeitraum und mit finanzieller Unterstützung ganz auf die Pflege konzentrieren. Darüber hinaus können Sozialversicherungsbeiträge, z. B. der Rentenversicherung, übernommen werden.

Die Krankenkassen bieten pflegenden Angehörigen Vorsorgekuren und Kurse, die den Pflegealltag erleichtern an.

Arbeitgeber wollen keine erfahrene Fachkraft verlieren, ebenso möchte der Pflegenden seine Arbeit nicht verlieren.

Mit Familienfreundlichkeit gewinnen daher Arbeitgeber nicht nur ein positives Image, sondern vor allem auch Fachkräfte. Im Wettbewerb um gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine immer größere Rolle. Es ist daher in beiderseitigem Interesse, flexible Arbeitszeitmodelle mit familienbewussten Arbeitszeiten anzubieten (Home-Office, Familienarbeitszeit, Freistellungsmöglichkeiten). Diese müssen ergänzt werden durch kompatible Betreuungszeiten in Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagesbetreuungen der Schule.

#### **Fragestellungen dazu:**

1. Welche Entlastung pflegender Angehöriger ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
  - durch die Kranken- und Pflegekassen?
  - durch die Kinderbetreuung?
  - durch die Rentenversicherung?
  - durch den Arbeitgeber (Arbeitszeitmodelle/Telearbeit, Arbeitszeitkonten, Freistellungen)?
2. Welche Hilfeinfrastruktur wird benötigt für
  - ergänzende professionelle Unterstützungsangebote?
  - haushaltsnahe Dienstleistungen?



## IV. 5.) Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – Schwerpunkt: Nahverkehr

Der dritthöchste Ausgabeposten für Familien sind die Kosten für die Mobilität: Das Fahrzeug, die öffentlichen Verkehrsmittel, die Schülerbeförderung. Will man Familien motivieren, in den ländlichen Raum zu ziehen, ist zwingend auch die Frage nach den dortigen Mobilitätsangeboten zu behandeln. Dabei kommt es darauf an, flexible Angebote zu entwickeln, die bestmöglich aufeinander abgestimmt sind, über längere Strecken zeitlich überschaubar fahren und die trotzdem preislich attraktiv bleiben.

Auch ältere und hochbetagte Menschen sind mobilitätsbedürftig. Das eigene Auto wird, zumindest für die geburtenstarken Jahrgänge, immer das Verkehrsmittel Nr. 1 bleiben.

Gleichwohl wird im Alter weniger gefahren. Kürzere Wege sollten fußgängerfreundlich ausgestaltet sein. Der öffentliche Raum muss sich auf die Älteren einstellen: Gestaltung des Straßenbelags, ausreichende Ausleuchtung der Gehwege, Beseitigung von Stolperfallen, Toiletten, Sitzgelegenheiten, Haltegriffe, Aufenthaltsqualität – all das wird einen Beitrag dazu leisten, dass Ältere das Auto stehenlassen und den für sie doch etwas beschwerlicheren Weg zu Fuß gehen. Genau das muss auch gefördert werden, zumal Bewegung wiederum der Prävention dient.

Ergänzend braucht es innerörtliche Bussysteme. Besonders im ländlichen Raum sind diese noch zu sehr an den Schülerströmen orientiert: Oft fährt zu Schulbeginn ein Bus und der nächste erst um die Mittagszeit. Dazu kommt die Frage der Gestaltung der Haltestelle, der Barrierefreiheit beim Einstieg und des Komforts im Bus (Durchsagen im Bus, Orientierung, Bedienbarkeit der Fahrkartenautomaten, Einstiegshöhe, etc.).

Entsprechend gute Bedingungen in diesen Bereichen sind ganz wesentlich dafür, dass auch hochbetagte Menschen die eigene Wohnung verlassen. Trauen sie sich das nicht mehr zu, ist der Weg zur Vereinsamung vorgeprägt, was weitere Krankheiten, beispielsweise Demenz, begünstigt.

Das technisch lösbare Thema „fahrerloses Fahren“ ist unter demografischen Gesichtspunkten ein Lösungsansatz. Denn gerade im ländlichen Raum lassen sich so generationenübergreifend Busverkehre organisieren, die ansonsten nur schwer finanzierbar sind.

In jedem Fall gilt: Barrierearmut oder -freiheit im Verkehr dient dem Älteren genauso wie der Mutter mit Kinderwagen.

#### **Fragestellungen dazu:**

1. Welche Möglichkeiten gibt es, die barrierearme und alters- wie familienfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raums zu unterstützen?
2. Welche Möglichkeiten gibt es, um einen regelmäßigen, mindestens stündlichen Takt im Busverkehr zu installieren und demografiefest zu fördern?
3. In welcher Form ist die Dateninfrastruktur – z. B. für das autonome Fahren – auszubauen?
4. Welche Möglichkeiten gibt es – z. B. durch das autonome Fahren – neue Nahverkehrsangebote zu generieren?
5. In welcher Form können Bahnsteige und Züge beim Einstieg angeglichen werden?
6. Wie können Orientierung und Sicherheit in Bussen und an Bushaltestellen, sowie in den Bahnen, an Bahnhöfen und Haltestellen gefördert werden?

#### **IV. 6.) Breitbandausbau zur Potentialnutzung der Digitalisierung**

Die Möglichkeiten durch die Digitalisierung erscheinen heute geradezu unbegrenzt. Das „fahrerlose Fahren“, die Telemedizin und die pflegerische Versorgung, der Aufbau von neuen Versorgungsstrukturen, die Kommunikation mit den eigenen Kindern, ein verändertes Fernsehverhalten, Rufsysteme, häusliche Hilfssysteme – all das dient dazu, die Folgen des demografischen Wandels auch in einer Zeit des Fachkräftemangels zu bewältigen.

Dazu bedarf es jedoch keines Flaschenhalses in Form nicht gigabytefähiger Datenleitungen und rechtlicher Hemmnisse. In 20 Jahren werden jedes Haus und jede Wohnung zu Kommunikationszentralen ausgebaut sein. Dies erfordert Glasfaserleitungen in jedes Haus und nicht (wenngleich „getunte“) Kupferleitungen, deren Kapazität von vorn herein beschränkt ist. Da dies jedoch umfangreiche Tiefbauarbeiten bei der Verlegung voraussetzt, ist bereits heute damit zu beginnen. Tatsächlich aber geschieht der Glasfaserausbau lediglich zu Verteilstationen. Von dort aus werden die

Wohnungen mit Kupfer erschlossen (Vectoring). Im europäischen Vergleich liegt Deutschland auf dem vorletzten Platz bei der Anbindung der Haushalte mit Breitbandverbindungen. Ausnahme sind die wenigen Raumschaften in Baden-Württemberg, wo „Marktversagen“ herrscht und das Land mit seiner Förderung Glasfaser ins Haus ermöglicht. Oder die Kommunen über ihre Stadtwerke selbst auf eigene Rechnung aktiv werden.

#### **Fragestellungen dazu:**

1. Welche Chancen hat die Digitalisierung für die älter werdende Gesellschaft?
2. In welcher Form gibt die Digitalisierungsstrategie des Landes darauf Antworten?
3. Welche Maßnahmen im Rahmen der Digitalisierungsstrategie sind geplant oder in Umsetzung, um den demografischen Wandel zu begleiten?
4. In welcher Form wird der Ausbau von Glasfaserleitungen in der Fläche und in jedes Haus gefördert? Welche Möglichkeiten gibt es, Kommunen, in denen kein „Marktversagen“ herrscht, bei der eigenen Verlegung von Glasfaserleitungen zu unterstützen?
5. In welcher Form soll der flächendeckende Ausbau des 5G-Netzes erfolgen?
6. Kann das „fahrerlose Fahren“ ein Schlüssel zur Lösung der Mobilitätsfrage sein?

#### **IV. 7.) Präventionsangebote & Sicherung medizinisch pflegerischer Versorgung**

Im europäischen Schnitt leben wir Deutschen nicht gesund. Ein 65-Jähriger hat heute noch 20 Lebensjahre zu erwarten, davon jedoch nur sieben gesunde. Davon ausgehend, dass Gesundheit ein hoher Maßstab für Lebensqualität ist, ist dieser Zeitraum zu kurz. Die Ursachen für spätere chronische Erkrankungen werden im mittleren Lebensabschnitt gelegt.

Die Hälfte der Industrieländer haben geringere Gesundheitskosten und eine gesündere Bevölkerung als wir. Wir sind gut in der Akutversorgung. Unsere Defizite liegen

bei den chronischen Erkrankungen. Es braucht offensichtlich besondere Leistungsanreize für Leistungserbringer und Menschen.

Hinzu kommt, dass sich gerade bei Hochaltrigen Krankheitsbilder entwickeln, die früher, beziehungsweise auch heute noch, nicht in dem Maße ausgeprägt sind. Jeder Dritte 90-Jährige ist dement und damit aller Wahrscheinlichkeit nach hilfs- oder pflegebedürftig. Viele 90-Jährige haben somit viele Demenzerkrankte zur logischen Folge.

Die Fragestellung muss nicht lauten: „Wie machen wir die Kranken gesund?“, sondern „Wie halten wir die Gesunden gesund?“. Dies berührt ganz besonders das Thema Prävention.

Schwierig wird die langfristige Sicherung der ärztlichen Versorgung und der Versorgung über Apotheken. Der Hausarzt, der sieben Tage in der Woche für 24 Stunden ansprechbar ist, hat ausgedient. Der heutige Medizinabsolvent ist überwiegend weiblich mit dem Wunsch nach einer Angestelltentätigkeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Somit stehen einer immer noch steigenden Anzahl von Ärzten stetig sinkende Arztstundenzahlen gegenüber.

#### **Fragestellungen dazu:**

1. Welche Präventionsmaßnahmen zur Gesundheitsvorsorge sind bereits entwickelt und in welcher Form werden sie unterstützt? Wie werden sie in Anspruch genommen?
2. In welcher Form wird in der Altersmedizin gelehrt bzw. geforscht?
3. Welche Forschungsvorhaben beschäftigen sich mit der Prävention vor chronischen Krankheiten (speziell u. a. Demenz, Schwerhörigkeit, u. w. m.)?
4. Welche Fördermöglichkeiten zur Installierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagement gibt es heute?
5. Welche Maßnahmen sind erforderlich, damit der Anteil der Medizinabsolventen, die anschließend tatsächlich als praktizierende Ärzte am Patienten in Baden-Württemberg arbeiten, erhöht werden kann (z. B. indem sie nicht abwandern)?

6. Welche möglichen Veränderungen bei den Betriebsabläufen in den Praxen und Krankenhäusern sind erforderlich, um die dort tätigen Ärzte und Pflegekräfte zu entlasten (z. B. durch die Digitalisierung)?
7. Welche Möglichkeiten und Fördermaßnahmen gibt es, Ärzte für unterversorgte Gebiete zu gewinnen?
8. Welche Veränderungen sind im Rettungsdienst erforderlich, um die infolge des demografischen Wandels zu erwartende Zunahme an Einsätzen abarbeiten zu können?
9. Können mehr Kompetenzen bei Pflegekräften und Notfallsanitätern zur Entlastung bei der medizinischen Ärzteversorgung führen?

Angesichts eines Fachkräftemangels im Pflegeberuf, der bereits heute sichtbar ist und der sich – demografisch bedingt – wohl nicht mehr entspannen wird, ist die pflegerische Versorgung der Hochaltrigen in den Jahren 2040 bis 2060 eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Wie bei der Gesundheit gilt auch hier: Der Prävention gilt die oberste Priorität. Es sind alle Maßnahmen zu ergreifen, die verhindern, dass ein Mensch früh oder im Idealfall überhaupt pflegebedürftig wird.

Hinzu kommt, dass eine geriatrische Rehabilitationsmaßnahme in jedem medizinisch notwendigen Fall durchgeführt werden muss.

**Fragestellungen dazu:**

1. Welche Fördermöglichkeiten gibt es, damit sich heute Menschen vor Pflegebedarf schützen können?
2. Wie kann die Attraktivität des Pflegeberufs erhöht werden?
3. Wie kann der Verbleib von Pflegekräften im Beruf deutlich erhöht werden?
4. Wie kann gewährleistet werden, dass jede medizinisch notwendige geriatrische Rehabilitation auch genehmigt und durchgeführt werden kann?
5. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um den Fachkräftebedarf zu sichern und neue Fachkräfte zu gewinnen?
6. Welche Änderungsmöglichkeiten im Pflegeablauf gibt es, um Pflegekräfte zu entlasten?

7. Gibt es Möglichkeiten, die Kompetenzen von Pflegekräften zu erweitern, um die Ärzte zu entlasten?

#### **IV. 8.) Sicherheit und Schutz vor Kriminalität**

Insbesondere ältere Menschen fühlen sich verunsichert. Sie fürchten, deutlich mehr als die Jüngeren, Opfer von Betrug, Raub und Einbruch zu werden. Das tiefe Misstrauen von älteren Menschen in die eigene Wehrhaftigkeit und in die Sicherheit ihres Stadtteils, das zu einer individuellen und auch sozialen Problemlage führen können, veranlasst viele, nicht mehr auf die Straße zu gehen. Zudem nutzen viele Betrugsbanden die Arglosigkeit Älterer schamlos aus (z. B. Enkeltrick).

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist daher dem Thema Schutz und (subjektive) Sicherheit einer wachsenden Bevölkerungsgruppe mit eingeschränkter Wehrhaftigkeit eine hohe Bedeutung zuschreiben.

##### **Fragestellungen dazu:**

1. Wie müssen die sozialräumlichen Bedingungen des Wohngebietes geändert werden, um das subjektive Sicherheitsempfinden der Bewohner zu erhöhen?
2. Werden Selbstbehauptungstrainings vor allem für Ältere angeboten und wenn ja, gibt es Erfahrungen zur Selbstwirksamkeit derselben?

#### **V. Warum ein Gesamtkonzept?**

Die Handlungsfelder lassen sich nicht trennen. Ein Feld beeinflusst das Andere. Deshalb genügt es nicht, für jedes Handlungsfeld ein in sich geschlossenes Konzept zu entwickeln. Dieses Säulendenken ist heute jedoch vorhanden. Wir müssen dieses überwinden und quer durch viele Themen-, Politik- und Aufgabenfelder eine Gesamtstrategie entwickeln.

Die auf diesen Fragekatalog folgenden Antworten aus den Ministerien, dem politischen Raum, den Verbänden und Einrichtungen bilden die Grundlage für das darauf zu erstellende Gesamtkonzept.

